

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. — Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. August 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Säufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 100

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Eine Konferenz der Gauvorsteher im Zeichen des Krieges. — Anno 1870. — Siebenle Generalversammlung der Zentral-Invalidenkasse in Liquid.

Korrespondenzen: Mainz. — Wiesbaden. — Würzburg.

Zunächst: Vorbildliche Unternehmer! — Aufhebung der Reiseunterstützung in der Schweiz. — Wirtschaftliche Freiheiten in Unternehmerkreisen. — Harle und gewissenlose Unternehmer. — Die Reformen des deutschen Arbeitsmarktes. — Der Arbeitsmarkt im Juli 1914.

Dritter Nachtrag zum Verzeichnisse der tariflosen Druckereien.

Eine Konferenz der Gauvorsteher im Zeichen des Krieges

Verbandsvorstand und Gauvorsteher sollten am 24. und 25. August Beschlüsse fassen, die den dringenden Notwendigkeiten dieser Zeit gerecht werden, die aber auch den Verband in den Stand setzen, seine gewerkschaftlichen Hauptaufgaben weiter zu erfüllen und den nach dem Kriege wieder zu uns zurückkehrenden die segensreichen Einrichtungen der Organisation möglichst zuteil werden zu lassen. Dies war nach der finanziellen Seite vor allen Dingen, aber auch nach der organisatorischen und moralischen genau zu erwägen. Es handelte sich also nicht allein darum, für die Kriegsdauer brauchbare Maßnahmen zu treffen, sondern die zu fassenden Beschlüsse sollen den Verband auch befähigen, seine Position im Gewerbe wie vor dem Kriege zu behaupten.

Es zeigte sich nun an mannigfachen Beispielen, daß das richtige Verständnis unter den Mitgliedern noch häufig zu vermissen ist. Eine Gewerkschaft, die in normalen Zeitaltern das Höchste leistet, kann bei einem Weltkriege nicht zu einem Unterstützungsverein für die ganz unübersehbaren Möglichkeiten werden, die eben aus solchen außergewöhnlichen Verhältnissen entstehen können. Der Staat steht da schon vor Aufgaben, denen er kaum gewachsen ist. Die Mitglieder müssen sich vergegenwärtigen, zu welchen weitgehenden Abänderungen in den Unterstützungen die andern Gewerkschaften gezwungen worden sind. Der „Korr.“ hat in Nr. 97 darüber eine Zusammenstellung gebracht, die jeden Einsichtigen überzeugen muß, daß unser Verband, der von der Arbeitslosigkeit jetzt schwerer getroffen wird als manche der andern Organisationen, sich ebenfalls den ganz außerordentlichen Anforderungen bedingenden Verhältnissen anzupassen hat. Betreffs der finanziellen Leistungsmöglichkeit war auch zu berücksichtigen, daß unsere Wertpapiere jetzt nur mit 60 Proz. vom Kurswert beliehen werden. Zu erwägen bleibt ferner die Tilgung dieses aufzunehmenden Millionendarlehens. Der Kurs der Papiere wird noch lange Zeit ein niedriger bleiben, so daß an einen Verkauf unserer Papiere in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Wo die Aufrechterhaltung der statutarischen Bestimmungen also schon ungeheure Schwierigkeiten bereitet, da ist der Gedanke, der Verband müsse, auch für die weitesten Eventualitäten eintreten, ein glatter Nonsens. Wer die Verpflichtungen und Aufgaben des Verbandes nicht voll zu würdigen vermag, der sieht allerdings nur das vermeintlich so große Vermögen der Organisation. Daß dieses aber in einer solchen Zeit mit ganz andern Augen zu betrachten ist, darüber sollte doch bei keinem Mitglied ein Zweifel bestehen.

Man muß es als verwerflich bezeichnen, daß das Organ des Gutenbergbundes in dieser ersten Zeit durch die von diesem jetzt getroffenen Maßnahmen

glaubt Profekten für sich machen zu müssen. Diese neuen Beschlüsse kann ein gewissenhafter Mensch nicht ernst nehmen. Die in den Gutenbergbund „mit vollen Rechten“ Übergetretenen werden es wohl bald merken, was von diesen schönen Versprechungen zu halten ist. Der Verband kann und will nicht etwas verheißeln, was nach Lage der Dinge sich als undurchführbar erweisen muß. Auch die christlichen Gewerkschaften haben mit ihrer sogenannten Kriegsunterstützung von vier bis fünf Millionen Mark die Öffentlichkeit nur getäuscht. Der „Korr.“ hat das in Nr. 98 bereits illustriert. Einer richtigen Gewerkschaft liegt jetzt sicherlich nichts ferner als Reklamebedürfnis.

Der Verbandsvorstand hatte nach Lage der Dinge alle Vorkehrungen getroffen, die einstweilen den Erfordernissen der gänzlich veränderten Situation zu entsprechen geeignet schienen. Wie datenmäßig festgestellt wurde, sind diese Anordnungen auch so schnell als nur möglich erfolgt und durch Bekanntmachungen und Zirkulare zur Kenntnis der Allgemeinheit resp. der Funktionäre gebracht worden. Vor dem Kriegsfalle jedoch Maßnahmen zu treffen, das ist allerdings unmöglich gewesen. Augenscheinlich hat man selbst das in Mitgliederkreisen erwartet. Der Verbandsvorstand ist mit Anfragen geradezu bestürmt worden. Wenn man sich den § 2 Abs. 1 der Vorstandsbeschlüsse ansehen haben würde („Während der Militärdienstzeit, auch bei militärischen Übungen in der Reserve und in der Landwehr ruhen sämtliche Rechte und Pflichten“), hätte sich sehr viel Schreiber und auch Kritik erübrigt. In solchen Zeiten ist wirklich mehr Ruhe zu empfehlen.

Die sehr umfangreiche Aussprache über die gegenwärtige Situation ist in folgenden Hauptzügen festzuhalten: Es haben grundverschiedene Verhältnisse Platz gegriffen, denen einheitliche Beschlüsse anzupassen ungemein schwierig ist. Von der Prinzipalität konnte zum Teil über äusserstes Entgegenkommen und großes soziales Verständnis den Bedrängnissen gegenüber, die über den größten Teil der Gehilfenschaft gekommen, berichtet werden. Aber es zeigte sich auch, daß Rundschreiben wie die der Herren Grahl (München) und Streckler (Stuttgart), deren im „Korr.“ schon Erwähnung geschehen ist, sowie dementsprechende Handlungen keineswegs die Regel bei unsern Prinzipalen bilden. Auch das, was die „Zeitschrift“ empfahl oder als Selbstverständlichkeit aussprach, hat nicht immer Beachtung gefunden.

Kündigungslose Entlassungen ganzer Personale beim Kriegsausbruch sind am häufigsten vorgekommen, und nicht nur Großdruckereien in Großstädten, sondern auch größere Offizinen in Mittelläden und leider auch Betriebe, von denen so etwas gar nicht zu erwarten stand, haben damit viel Unwillen in der Gehilfenschaft erregt. Selbst Prinzipale, die sich in sozialer Hinsicht betätigen und dadurch bekannt geworden sind, haben sich nicht gescheut, dieses zweifellos ganz unzulässige Verfahren einzuschlagen. Weiter sind Lohnreduzierungen bis unter das Minimum vorgenommen worden, was nach dem Tarif ebenfalls nicht gestattet ist. An Zumutungen anderer Art, die gleichfalls nicht zu gewärtigen waren, hat es auch nicht gefehlt. Die sofortige Stilllegung der Betriebe scheint nach der gegebenen Darstellung durchaus nicht immer gerechtfertigt gewesen zu sein. Uns liegt

bei Niederschrift dieses Artikels eine Zeitungskorrespondenz vor, in der Verwunderung darüber zum Ausdruck kommt, daß so viele Buchdruckereien, namentlich Zeitungsbetriebe, geschlossen wurden. Wie es auf die Gehilfen wirkt, wenn sie sogleich entlassen werden oder nur abwechselnd arbeiten dürfen, Faktoren und die je nach Größe der Druckereien manchmal in recht stattlicher Zahl vorhandenen Lehrlinge aber vollbeschäftigt werden können, das scheint von den betreffenden Prinzipalen gar nicht bedacht zu werden. Daß man gar noch die Lehrlinge vom Fachschulunterricht zu dispensieren suchte, um sie in den Druckereien länger zur Arbeit zu haben, ist starker Tabak. Ob ein solches Verhalten, desgleichen das verschiedene Diktieren der Änderungen im Arbeitsverhältnis, anstatt sich mit den Schülern zu verständigen, im Sinne des Aufbaus des Tarifamtes liegt, darf füglich bezweifelt werden. Es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß auf der Konferenz der Zwangslage sehr vieler Prinzipale volles Verständnis entgegengebracht und manches als nur in der ersten Bestürzung geschehen angesehen wurde, aber es blieben Fälle genug übrig, die anders zu beurteilen sind. Die in Frage kommenden Prinzipalskreise fäßen weit besser, wenn sie dem Appell des Tarifamtes, den von der „Zeitschrift“ ausgesprochenen Erwartungen und den von tiefem sozialen Verständnis zeugenden und die wirtschaftlichen Interessen der Nation berücksichtigenden Darlegungen des Professors Franke (siehe „Korr.“ Nr. 98) mehr Genüge leisten würden. Es ist zu Anregungen von Prinzipalseite gekommen, die einfach nicht zu billigen sind.

Von Gehilfenseite aber ist nicht genug geschehen gegen die Entlassung auf Knall und Fall. Auch im Kriegsfall bleiben Gehebe und vertragliche Verpflichtungen bestehen, wie ja auch der Tarif keineswegs aufgehoben ist. Bedauerlicherweise muß noch gesagt werden, daß Maschinenfesser verschiedentlich die erforderliche Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit vermissen ließen, während die übrigen Gehilfenskatégorien sich ohne weiteres in das von der Not der Zeit Gebotene fügten.

Die vom Tarifamte getroffenen Maßnahmen und als zulässig gestatteten Vereinbarungen zwischen Prinzipal und Personal wurden dagegen anerkannt und gutgeheißen. Die Gauvorsteherkonferenz sprach jedoch die Erwartung aus, daß die tarifliche Oberinstanz jedem Versuch, an dem Tarif zu deuteln und von ihm abzubrecheln, entschieden entgegenzutreten möge. Damit ist nicht ausgesprochen, daß bei der Prinzipalität ein solches Bestreben die Oberhand hätte, sondern es könnte von Entlassungen einzelner auf das Bestehen solcher Absichten bei einigen geschlußfolgert werden. Man nahm auch den Standpunkt ein, daß niemals unter das tarifliche Minimum herabgegangen werden darf. Die Gehilfenschaft ist zu weitem Entgegenkommen bereit. Es ist Pflicht der Mitglieder, Differenzen zu vermeiden, vielmehr — nach den gemachten Mitteilungen bleibt hier allerdings manches zu wünschen übrig — den Verbandsvorstand und das Tarifamt von eintretenden Mißbilligkeiten sofort zu unterrichten, aber es muß auch erwartet werden, daß der Teil der Prinzipalität, der unsere vollste Anerkennung findet, dem andern mehr zum Vorbilde dienen möge. Bei dem furchtbaren Ernst der Zeit muß das Menschliche mehr Betonung finden, das Trennende strenger gemieden werden. Der Weltkrieg hat eine Um-

wertung aller Begriffe und Auffassungen gebracht, er muß also dort, wo es hiernach notwendig ist, auch anderen, besseren Anschauungen Platz machen.

Die Frage des Aussehens bereitete der Konferenz schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Man ist der Überzeugung, daß der Krieg doch nicht so kurz sein wird, als anfänglich angenommen wurde. Die Arbeitslosigkeit, die jetzt noch mit jedem Tage größer wird, würde ungeheuerliche Dimensionen annehmen, wenn dem nicht vorgebeugt werden könnte, indem die Prinzipalität angelehnt der Riesenopfer, die die Gehilfenschaft bringen muß, sich nun im allgemeinen opferwilliger zeigt und nach aller Möglichkeit den Betrieb aufrecht erhält.

Das von den Gauvorständen nach dem Stande vom 15. August erbrachte Material erstreckt sich nur über 59 000 Mitglieder, 11 000 fallen also aus, von denen ein ganzer Teil gewiß noch als arbeitslos angesehen werden kann. Und doch reden diese Zahlen schon eine sehr bedenkliche Sprache. Es waren bis dahin zum Heeresdienst eingezogen 11 519 Kollegen (= 20 Proz. der 59 000 Mitglieder), arbeitslos 14 952 (25 Proz.), zu verkürzter Arbeitszeit (in Schichten) beschäftigt 6825 (12 Proz.), krank 1908 (3 Proz.), als Invalide sind zu unterstützen 1025 Kollegen, vollbeschäftigt waren nur noch 23 796 (40 Proz.).

Wie schon gesagt, nimmt die Zahl der direkt arbeitslosen ständig und ganz rapid zu, die der Vollbeschäftigten dagegen entsprechend ab. Es muß also ein Ausgleich geschaffen werden, der unter diesen bedauerlichen Umständen nur der sein kann, daß das wechselseitige Arbeiten weit mehr zur Einführung gelangt. Der Verband will das Seinige dazu beitragen, indem er im allgemeinen für das Aussehen Unterstützung gewährt. Es kommen da meistens Mitglieder in Betracht, die viele Jahre regelmäßig ihre Beiträge entrichtet, die Klassen des Verbandes nur wenig in Anspruch genommen haben und nun als Verheiratete in eine schwierige Lage geraten. Wenn von den gänzlich arbeitslosen ein ansehnlicher Prozentsatz in Schichten arbeiten könnte, so wäre dies auch aus dem gleichen Grunde besser als der augenblickliche Zustand, denn von den 14 952 Mitgliedern sind 82 Proz. bezugsberechtigt.

In Berücksichtigung, daß 11 000 Mitglieder von der Statistik nicht erfasst sind, ist anzunehmen, daß die Arbeitslosigkeit am 15. August größer und Fälle von Aussehen zahlreicher sind.

Es brach sich auf der Konferenz die Ansicht durch, daß den Organisationsinteressen wie auch den persönlichen Verhältnissen der Mitglieder unter den obwaltenden Umständen am meisten gebietet ist, wenn für die auszusetzenden Tage Unterstützung gewährt wird. Außergewöhnliche Zeiten bedingen auch außerordentliche Maßnahmen! Daß eine Unterstützung beim Aussehen aber nur möglich ist, wenn bei andern Unterstützungsweisen eine mäßige Kürzung eintritt, darüber war sich jeder klar.

Die Schwierigkeiten, für das Aussehen Bestimmungen zu treffen, die den so ganz und gar unterschiedlichen Verhältnissen einigermaßen Rechnung tragen, schienen fast unüberwindlich. Die manchmal recht eigenartigen geschäftlichen Anordnungen trugen im besondern dazu bei, die Lösung noch schwerer zu machen.

Es bedurfte eingehender und mehrmaliger Spezialberatungen einer aus Vertretern großer und kleiner Gauen gebildeten Kommission, um zu Beschlüssen zu gelangen, die der Vollzahl großer Mitgliederkreise, aber auch der gebotenen Rücksicht auf unsere Klassenverhältnisse entsprechen. Das definitive Ergebnis ist nicht zuletzt von dem Grundsatze diktiert, daß unter allen Umständen der Verband intakt bleiben muß in dieser ohnegleichen schwierigen Zeit.

Die Gauvorsteherkonferenz einigte sich also endgültig auf folgende Beschlüsse:

1. Wer mehr als drei Tage pro Woche arbeitet, hat den gewöhnlichen Beitrag zu entrichten, erhält aber keine Unterstützung.
2. Bei halben Tagesarbeiten oder bei dreitägiger Beschäftigung in der Woche sowie bei wechselseitigem Aussehen von je einer Woche wird innerhalb 14 Tagen für sechs Arbeitstage Unterstützung gewährt und es ist ein gewöhnlicher Beitrag zu leisten.

3. Kollegen, die nur zwei Tage oder einen Tag in der Woche arbeiten, erhalten für die übrigen Arbeitstage die ihnen zustehende Unterstützung und sind vom Beitrage befreit.

4. Mitglieder, die trotz reduzierter Arbeitszeit das örtliche Minimum oder mehr pro Woche verdienen, haben den Verbandsbeitrag einschließlich des Extrabeitrags zu entrichten und erhalten keine Unterstützung.

5. Die Ortsunterstützung wird bis einschließlich 29. August unverändert weitergezahlt. Von diesem Zeitpunkt ab werden die im § 22 der Vorstandsbeschlüsse festgesetzten Unterstützungssätze um je 25 Pf. pro Tag reduziert. Vom gleichen Tag ab werden auch die Gauzuschüsse um je 25 Pf. pro Tag verkürzt.

6. Die Krankenunterstützung beträgt täglich 1 Mk. und wird nur an solche Mitglieder gewährt, die mindestens 250 Beiträge geleistet haben. Mitglieder, die während ihrer Krankheit den vollen Lohn oder das volle Gehalt weiterbezogen, erhalten keine Krankenunterstützung.

7. Die Invalidenunterstützung und die andern statutarischen Unterstützungen werden unverändert weitergezahlt.

Die Mitglieder können daraus ersehen, daß die Organisation mit diesen Abänderungen bis zur äußersten Grenze des Möglichen geht. Die im „Korr.“ schon bekanntgegebenen Beschlüsse der andern Gewerkschaften lassen erkennen, daß unser Verband mit seinen nunmehrigen Leistungen während des Krieges sich sehr wohl sehen lassen kann.

Die aussehenden Kollegen werden es im besondern begrüßen, daß ihnen in dieser Weise geholfen wird. Die Hoffnung besteht allgemein, daß das Kriegsglück Deutschland auch ferner günstig sein möge, damit diese außerordentlichen Maßnahmen nicht zu lange Zeit in Kraft zu bleiben brauchen. Bemerkte sei, daß durch die hier gesundene Form der Verwaltungsapparat nicht allzusehr erschwert wird. Arbeit bekommen unsere Funktionäre freilich noch genügend dadurch.

Eine Unterstützung für die Familien der zu den Waffen Einberufenen kann von Verbands wegen nicht geschaffen werden. Wenn sich die Organisation genötigt sieht, um die beängstigend große Zahl der Opfer der Arbeitslosigkeit über Wasser und den Verband dabei auch noch intakt zu halten, in ihrer Wirkung ja noch erträgliche Kürzungen bei einzelnen Positionen eintreten zu lassen, so ist doch eine Erweiterung der Unterstützungsanstalten direkt ausgeschlossen. Das dürfte nun wohl allgemein eingesehen werden. Außerdem ist zu bedenken, daß schließlich den Familien und auch dem Verbands nicht mit einer solchen Unterstützung gedient sein würde. Wenn auch einige Stadtverwaltungen erklärt haben, es würde ihrerseits die von den Gewerkschaften zu gewährende Familienunterstützung nicht bei der kommunalen Kriegsunterstützung in Anrechnung gebracht werden, so ist von andern indes festzustellen, daß die ihrerseits bereits angestellten Recherchen auf diese Absicht hinauslaufen. Der Verband wäre also sein Geld los, die Familien unserer Krieger aber hätten nichts davon. Die Gauvorsteherkonferenz stellte sich also einmütig auf den Standpunkt, für den Verband selbst diese Frage auszusprechen. Es wurde aber den Gauen und Orten warm empfohlen, aus ihren Mitteln in Notfällen einzugreifen. Ob die Gawe von der Kürzung des Gauzuschusses dazu etwas verwenden oder aus welchen Fonds sonst, bleibt ihnen wie den Ortsvereinen überlassen. Es sind vereinzelt dazu schon praktische Wege besprochen worden, ohne an eine feste Unterstützung zu denken.

Zu den gefassten Beschlüssen, wie sie vorstehend abgedruckt sind, soll zunächst nur bemerkt werden, daß fünf Unterstützungsweige keine Abänderung erfahren, daß die Verringerung der Gauzuschüsse überall einzutreten hat, und daß da, wo Änderungen der Unterstützungen vorgenommen, der 29. August, also der heutige Tag, der Termin des Aufhörens der seitherigen Bestimmungen ist.

In einem kurzen Schlussartikel ist noch einiges über diese so außerordentliche Gauvorsteherkonferenz zu sagen.

Schloß Le Perray bei Corbeil, 6. Dezember 1870.

Alles freies Haus!

Wir und allen Verbandsmitgliedern den innigsten Dank eines Soldaten für das, was Ihr Alle, lieben Kollegen, an denselben thut. Dein NB., lieber aller „Pastor“, muß ich leider mit dein beantwortet, aber ich habe mich mit einer Pfeife wieder versehen. Vor einigen Tagen habe ich an Dich geschrieben und einige Details über unser jetziges Thun und Treiben gegeben.

Bis jetzt ist bei uns noch Alles beim alten und warten wir tagtäglich auf die Capitulation von Paris, aber leider noch vergebens, und werden wir wohl noch eine geraume Zeit in Frankreich verleben müssen. Manchmal fällt in zwei Tagen nicht ein Schuß vor Paris, so daß wir jedesmal uns dem Wahne hingeben, daß Paris gefallen ist.

Lieber Alter, Deine Frage: „Wie steht es nun mit Dir, wirst Du auch der Schönfärberei alle Ehre machen?“, muß ich mit einem lauten und kräftigen „Oui“ beantworten. Denn Ihr müßt wissen, alle Tage Rothwein, manchmal in bedeutender Quantität zu trinken, das giebt eine „Farbe!“ Wie geschminkt sehe ich aus . . .

Spuren thun wir uns schon, und wenn wir augenblicklich nicht direct mit eingreifen, so sind wir doch indirect thätig, und schätzliche Beweise werden Euch täglich vor Augen geführt. Alle Tage ungeheure Transporte von Gefangenen, die durch Corbeil kommen. Man denkt, die ganze französische Armee befände sich in Deutschland. Die Südarmerie hat aufgehört zu existieren. Unter den Gefangenen sieht man Greise und Kinder. Doch der Stolz der Franzosen scheint noch nicht gebrochen zu sein trotz aller Niederlagen.

Etwas jedoch hat wohl jeden Wehrmann empört, nämlich daß die Gefangenen selbst in Halle nach einem Artikel des „Boten“, welchen wir zufällig zu Gesicht bekamen, gefesselt werden und sogar nächtlicher Weile sich herumtreiben. Diese Humanität ist denn doch zu weit ausgedehnt — „einem Jeden das Seine!“ Wir können uns hier in Feindesland größtentheils nicht eines so freundschaftlichen Entgegenkommens erfreuen, trotzdem die Franzosen bald nicht wissen, ob Feinde im Lande sind. Und wie ist denelben ihr Benehmen unsern Kranken und Gefangenen gegenüber?

Ich glaube, Ihr habt schon sehr viel von Gräueltaten gelesen, die jedoch auf Thatsachen beruhen. Kommen Gefangene hier an, solltet Ihr diese Bande auftragen lassen. Da bringt Groß und Klein, Arm und Reich. Aber für uns selbst und unre Kranken ist nichts da als Sohlachen. Das ist größtentheils das Benehmen dieser „großen verbildeten Nation!“ Fühlt sich Niemand unter Euch dazu berufen, dergleichen Vorkommnisse öffentlich zu gesehn? Doch genug davon, sonst werde ich noch grimmiger, als ich jetzt schon bin.

Wie es heißt, sollen wir nächstens südlicher marschieren, und zwar nach Orleans, was jedoch der Befestigung noch bedarf.

Das von Euch mir gefandte Packet mit Wurst, Butter usw. ist mir, trotzdem dasselbe vier Wochen auf Reisen war, gut bekommen, und sage ich nochmals mein „Merci“. Augenblicklich sind wir mit allem reichlich versorgt, denn unsere halbesenden Liebesgaben sind auch zur Vertheilung gekommen. Die Liebesgaben an sich sind zufriedenstellend ausgefallen. Ich selbst habe erhalten: zwei Paar Strümpfe, ein wollenes Hemd, Cigarren, Wurst, Schinken, Fett, Butter, Zucker und — „ein Nordlicht!“

Lieber „Pastor!“ Baldige Antwort erwarte ich, und beauftrage Dich hiermit, meinen Kamerad Schnabel zu veranlassen, daß er Französisch lernt, denn wenn ich wiederherkomme, kann er sonst nicht mit mir fort, denn wenn ich anlangt französisch zu sprechen, denkt er am Ende ich will ihn „verhohlen“. Na, nichts für ungut, alter Südlare!

Besten Gruß Dir, lieber „Pastor“, und allen lieben Kollegen von Eurem A. Glade.

Es klingt manches in diesem alten Feldpostbrief, als wäre er jetzt geschrieben, vielleich aus dem kanakischen, durch die Herrschaft des Pöbels ausgeschändeten Belgien eingetroffen.

Briefschreiber wie Adressat waren in Halle recht bekannte Kollegen. „Pastor“ ist ein Spitzname, der dem im Jahre 1891 verstorbenen Kollegen Fr. Linde (dem Adressaten) zu eigen war. Derselbe war im Jahre 1868 Gauvorsteher und 1873 Kaffierer des Saalegaues. Kollege Glade starb 1884. Es waren ein paar echte Typen, die ein wirklich goldener Buchdruckerhumor auszeichnete.

Die Liebesgaben, von denen in diesem Briefe die Rede ist, hatten die Mitglieder der Walzenhausdruckerei in Halle a. S. ihren ins Feld gezogenen Kollegen zugesandt. Die Freude darüber kommt in dem Schreiben treffend zum Ausdruck.

Was dem Kollegen Glade damals so wohlgetan, das würde von unsern Tausenden im Felde stehenden Mitgliedern jetzt gewiß ebenso dankbar aufgenommen werden. Es wäre sicherlich ein schöner Akt von Kollegialität, wenn die Kollegen einer Druckerei ihren Kameraden draußen dann und wann oder bei bestimmten Anlässen solche „Liebeszeichen“ zugehen ließen. Das hilft den schweren Kriegsdienst erleichtern, schmiedet die Bande der Kollegialität fester und läßt den Verband als den Mittelpunkt im beruflichen Leben immer mehr schäßen.

Siebente Generalversammlung der Zentral-Invalidenkasse in Liquid.

Die zum 24. August nach Berlin einberufene siebente ordentliche Generalversammlung wurde um 10 Uhr vom Vorsitzenden der Liquidationskommission, Kollegen Döblin, mit einigen begründenden Worten eröffnet.

Die Berlesung der Präzisenliste ergab die Anwesenheit von sämtlichen gewählten Delegierten aus 21 Verwaltungsstellen.

Nachdem von der Mandatsprüfungskommission die Gültigkeit der 23 Mandate erklärt worden, wurde zur Besprechung des ersten Punktes der Tagesordnung geschritten: Verlesung bzw. Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1911, 1912 und 1913. Hierzu gab der Kassierer, Kollege Eißler, einige Erläuterungen über die Abwicklung der Liquidationsgeschäfte in den letzten Jahren und wies darauf hin, daß vorläufig an eine Beendigung der Liquidation nicht gedacht werden könne. In der verfloffenen dreijährigen Periode sei der Invalidentanz von 61 auf 52 gesunken; das Vermögen der Kasse in dem gleichen Zeitraum von 381 840,56 Mk. auf 340 808,88 Mk., also um 41 031,68 Mk. zurückgegangen. Die Stufenentnahme bezifferte sich im letzten Jahr auf rund 11 500 Mk. Der Bericht der Liquidationskommission wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Neuwahl der Liquidationskommission und Festsetzung der Verwaltungskosten, lag der Antrag vor, die bisher aus dem Vorstand, dem Kassierer und drei Beisitzern bestehende Liquidationskommission künftig nur aus drei Mitgliedern bestehen zu lassen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und als Vorsitzender Emil Döblin, als Kassierer Gustav Eißler und als Beisitzer Robert Wäcker gewählt.

Als Verwaltungskosten wurden der Liquidationskommission wie bisher 1000 Mk. ausgesetzt.

Da zum dritten Punkte der Tagesordnung: Sonstiges, Anträge oder Beschwerden nicht vorlagen, schloß der Vorsitzende mit dankenden Worten an die Delegierten die achte Generalversammlung der Kasse.

○○○○ Korrespondenzen ○○○○

r. Mainz. Am 19. August abgehaltene Bezirksversammlung hatte als einzigen Punkt der Tagesordnung das Thema: „Die gegenwärtige Situation und die hieraus sich ergebenden Maßnahmen“. Fast bis auf den letzten Mann waren die nicht zum Militär eingerückten oder nichtkranken Mitglieder dem Rufe des Vorstandes gefolgt. (Das ist ein schönes Zeichen des Zusammengehörigkeitsgefühls, das die Verbandskollegen in dieser schweren Zeit erfüllt. Red.) Vorsitzender Fr. Conradt schilderte in längerer Ausführungen die durch die Kriegswirren verursachte Arbeitslosigkeit in unserm Berufe, daß verschiedene Verhaltensmaßregeln sowohl für die in Arbeit stehenden wie arbeitslosen Kollegen und ermahnte alle, während der schweren Zeit frei zur Fahne des Verbandes zu halten. Sowohl vom Vorsitzenden wie von sämtlichen Diskussionsrednern wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die angekündigte Gewerkschaftskonferenz angesichts der herrschenden Teuerung keine Kürzung der Konditionslosenunterstützung vornehmen möge. Man solle vielmehr nach Beendigung des Krieges pro Mitglied und Woche eine Ertragssteuer von einer Mark erheben, und zwar so lange, bis der Status quo wieder hergestellt sei. (Die Gewerkschaftskonferenz hat inzwischen gesagt. Die Mainzer Kollegen können verichert sein, daß alle Möglichkeiten in Betracht gezogen worden sind, Unmögliches aber nicht beschlössen werden konnte. Red.) Nach Ergänzung der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder des Vorstandes fand die Versammlung ihr Ende.

D. Wiesbaden. Am 15. August hielt unser Ortsverein im „Gewerkschaftshaus“ seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Fast alle am Orte wohnenden Kollegen, die nicht zum Militär eingezogen, waren dem Rufe des Vorstandes gefolgt. (Bravo! Red.) Vorsitzender Holzhäuser begrüßte die Anwesenden, dankte für den zahlreichen Besuch und ersuchte, immer so vollständig zu erscheinen. Der ausgebrochene Krieg hat feste Risse in unser Organisationsleben am Orte gelegt. Eine große Anzahl Kollegen wurde zum Militär eingezogen, eine gleich große Anzahl ist arbeitslos, ein Teil arbeitet bei verkürzter Arbeitszeit und der Rest ist zurzeit noch vollbeschäftigt. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ gab der Vorsitzende den Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Verbandsvorstandes sowie des Tarifamtes bekannt. Unter sich allezeit in den Dienst der Kollegenschaft stellendes „Gutenbergs-Quartett“ gibt seinen zum Militär einrückenden Mitgliedern eine Unterstützung von 3 Mk. Der vorgetragene Kasienbericht pro zweites Quartal fand Genehmigung. Eine lebhaft diskutierte Zeitspende der vierte Punkt der Tagesordnung; die Weiterversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse soll für alle Kollegen, die im Kriegsdienst sowie arbeitslos sind, durchgeführt werden. Einstimmig wurde beschlossen, einen Ertragsbeitrag zu diesem Zwecke von allen vollbeschäftigten Mitgliedern im Betrage von 50 Pf. pro Woche zu erheben. Die Wahlen der Beisitzer sowie der Revisoren fanden eine glatte Erledigung. Kassierer Junior ersuchte, die Mitteilungen über Arbeitslosigkeit und Krankheit stets in der kürzesten Frist zu bewerkstelligen. Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende

die Kollegenschaft, stets auf dem Posten zu sein, um einander helfend unter die Arme zu greifen. Für uns Verbandsmitglieder gelte heute mehr denn je die Devise: „Einer für alle, alle für einen“. — Anschließend daran fand eine Versammlung derjenigen Mitglieder statt, die der Zentralinvalidenkasse i. L. angehören. Mit den Vorschlägen des Vorstandes war man einverstanden.

Würgburg. Die Mitgliederversammlung vom 16. August war einer der letzten ersten Zeit entsprechenden Tagesordnung zufolge sehr gut besucht und nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf. Die Kriegswirren gaben der Versammlung ein ernstes Gepräge, zumal ein Viertel unseres Ortsvereins sich in den Dienst des Vaterlandes stellen muß. Nach einigen örtlichen Angelegenheiten wurden vier Neuaufnahmen erledigt und die Abrechnung des zweiten Quartals debattellos genehmigt. Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit der derzeitigen Situation und unserer Organisation bzw. mit Anträgen zur Geworkschaftskonferenz, wobei die Tarifamtspublikation („Korr.“ Nr. 93) und zwei Zirkulare des Gewerkschaftsvorstandes eingehende Erwähnung fanden. Die Versammlung genehmigte drei gestellte Anträge zur Weiterleitung an die Gewerkschaftskonferenz. Da Kollege Semmerich am 20. August zum Landsturm einrückte, wird Kollege Franz Baier als zweiter Vorsitzender die Geschäfte des Vereinsvorstandes übernehmen. (Wohnung: Vinzenzstr. 30 III.) Mit dem Wunsch, alle eingerückten Kollegen nach dem Krieg, der nicht so lang dauern möge, wieder gesund begrüßen zu können, schloß Kollege Semmerich die Versammlung.

○○○○ Rundschau ○○○○

Vorbildliche Unternehmer! In Berlin zahlt die Vaterländische Verlags- und Kunstankalt den Frauen ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Geschäftsangehörigen wöchentlich 6 Mk. und für jedes Kind je 2 Mk.; außerdem für jede Mutter, deren Sohn eingezogen ist, ebenfalls 6 Mk. wöchentlich. — In Braunschweig hat die Buchdruckerei Friedr. Vieweg & Sohn ihren zur Fahne einberufenen Geschäftsangehörigen einen vierfachen Wochenlohn ausbezahlt und noch weitere Unterstützung zugesagt. — In Frankfurt a. M. gewährte die Sozialistenbuchdruckerei („Frankfurter Zeitung“ und „Kleine Presse“) den Frauen der zum Feldzug einberufenen Gehilfen und Hilfsarbeiter wöchentlich 10 Mk. und für jedes Kind 3 Mk. Beihilfe; ferner hat die Geschäftsleitung für die Betreffenden die Weiterbezahlung der Ortskrankenkassenbeiträge übernommen. — In Großenhain zahlt der Verleger des „Großenhainer Tageblattes“ (Hl. Glasnick) den Frauen der zum Kriegsdienst einberufenen Geschäftsangehörigen eine wöchentliche Beihilfe von 5 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. sowie die Beiträge zur Ortskrankenkasse zur Erhaltung der Familienversicherung. — In Halberstadt zahlen die Inhaber der Buchdruckereien C. Doelle & Sohn, Louis Koch und H. Mener jedem zum Heeresdienst einberufenen Betriebsangehörigen 10 Mk. und deren Frauen eine wöchentliche Unterstützung von 7 Mk.; die Buchdruckerei Louis Koch zahlt außerdem noch für jedes Kind wöchentlich 3,50 Mk. Diese Unterstützungen sollen bis auf weiteres auf ein Vierteljahr gewährt werden. — In Hamburg gewährt die Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt den Ehefrauen der zur Fahne einberufenen Geschäftsangehörigen bis auf weiteres eine wöchentliche Beihilfe von 10 Mk. — In Kassel gewährt die Kgl. Hofbuchdruckerei Gebr. Gottschalk den Frauen und Kindern der zur Fahne einberufenen Geschäftsangehörigen eine wöchentliche Unterstützung für die Dauer des Feldzuges. — In Liebenwerda zahlt die Buchdruckerei C. Ziehe an die Familien ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Gehilfen vorläufig bis 1. Oktober wöchentlich 5 Mk. Beihilfe. — In München und Regensburg erhalten die zum Meer einberufenen technischen Arbeiter der Verlagsanstalt vorm. G. V. Mann, Buch- und Kunstbuchdruckerei, Aktiengesellschaft, je einen vollen Wochenlohn sowie deren Frauen wöchentlich 6 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren wöchentlich 2 Mk., und zwar zunächst für die Monate August bis einschließlich November. — In Neutzingen zahlt die Druckerei des „Generalanzeigers“ den Familien der eingezogenen Gehilfen wöchentlich 5 Mk. sowie beim Austritt noch besonders 10 Mk. — In Bad Salzungen gewähren die Hoffmannschen Stärkefabriken ihren arbeitslosen Arbeitern und somit auch den sämtlichen arbeitslosen Gehilfen ihrer Hausdruckerei eine wöchentliche Unterstützung von 6 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 12 Mk. — In Vorgau zahlt das Druck- und Verlagshaus an die Frauen ihrer zum Militär einberufenen Betriebsangehörigen eine wöchentliche Beihilfe von 5 Mk., vorläufig auf die Dauer von 13 Wochen.

Aufhebung der Reiseunterstützung in der Schweiz. Wie uns durch Vermittlung des Internationalen Sekretariats mitgeteilt wird, hat der Schweizerische Topographenbund die Auszahlung der Reiseunterstützung für alle Mitglieder bis auf weiteres aufgehoben.

Wirtschaftliche Freiheiten in Unternehmerkreisen. Dem ankündigenden Verhalten vieler Unternehmer und Unternehmerorganisationen, für Aufrechterhaltung der Betriebe und für Beschäftigung der Arbeiter zu sorgen, steht leider auch die jetzt besonders niedrige Gewinnkraft anderer Unternehmer gegenüber, die selbst aus der jetzt durch den Krieg geschaffenen Notlage der Arbeiter Kapital pressen wollen. Wenn das in Industrien geschieht, die in der Kriegszeit eher mehr als weniger zu tun haben und die ihre Produkte etwa noch höher verkaufen können als in Friedenszeiten, so ist ein solches Verhalten einfach schmutzig und verdient öffentlich angestraft zu werden. Aus einigen

Landbezirken wurde schon gemeldet, daß die Landwirte den Arbeitern überhaupt keinen Lohn zahlen wollen, sondern glauben, daß je Arbeitskräfte für ein recht dürftige Kost und schlechte Wohnung bekommen. Ein Verlangen, das in Rücksicht darauf, daß landwirtschaftliche Produkte jetzt eher höher im Preise stehen als zu normalen Zeiten, als besonders raffigierig zu bezeichnen ist. Aber auch aus der Industrie wird solche Freiheiten bekannt. Die Kohlenbergwerke haben doch sicher unter den Folgen des Krieges noch nicht zu leiden, geschweige denn, daß sie die Preise für ihre Produkte herabsetzen müßten. Würde wirklich ein Zurückgehen der Kohlenförderung nötig sein, so müßten die Grubendirektionen eine Verminderung der Arbeitszeit eintreten lassen, wie es in andern Industriegruppen auch geschieht. Das Grubenkapital aber ist daran, die Notlage der Arbeiter zu seiner Bereicherung auszunutzen. Von verschiedenen Stellen des Oberbergamtsbezirks Dortmund wird gemeldet, daß die Zechenverwaltungen Lohnabzüge angekündigt haben, so die Zeche General Blumenthal 10 Proz. Die Leitung der christlichen Bergarbeiterorganisation hat deshalb an den Zechenverband in Ruhrgebiet eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß Lohnabzüge in der jetzigen Zeit nicht berechtigt sind und daß der Kohlenbergbau auch während des Krieges genügend Arbeitsmöglichkeiten hat. Weiter heißt es in der Eingabe: „Die infolge des Krieges gestiegenen Preise für Lebensbedürfnisse legen den Minderbemittelten ebenfalls schwere Lasten auf. Unter diesen Umständen ist eine weitere Belastung des Volkes zugunsten des Bergbaukapitals nicht berechtigt und auch nicht zu fragen. Der Arbeiterstand ist bis zur Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angepannt. Auch der Mittelstand würde durch eine Lohnreduzierung im Bergbau indirekt schwer getroffen. Wir bitten deshalb die Leitung des Zechenverbandes, auf die angekündigten Zechenverwaltungen hinzuwirken, daß die angekündigten Lohnabzüge unterbleiben. Von dem in den deutschen Bergbau angelegten Kapital kann in der jetzigen ersten Zeit ebenfalls etwas Opferwilligkeit erwartet werden. Das Kapital darf nicht die ihm durch den Krieg auferlegten Opfer auf die ohnehin stark belasteten Arbeiter abwälzen. ...“

Sarte und gewissenlose Unternehmer. Unter der Stichmarke „Verhört nicht eure Arbeiter und Angefellten“ brachte die „Frankfurter Zeitung“ dieser Tage folgende beachtenswerte Notiz: „In letzter Zeit mehren sich in starkem Maße die Fälle, wo kleinere und auch große Firmen dazu übergehen, ihren Angestellten den Vorschlag zu unterbreiten, vom 1. September oder 1. Oktober ab entweder sich mit einer erheblichen Herabsetzung ihres Gehaltes oder Lohnes einverstanden zu erklären oder im Falle der Ablehnung sich als gekündigt anzusehen. Daß der Krieg allen Kreisen Opfer auferlegt, ist klar; daß davon auch die Geschäftsfirmen empfindlich betroffen werden, kann nicht ausbleiben. Aber es ist eine große Härte und Gewissenlosigkeit, wenn auch Firmen, die als wohlhabend anzusehen sind und eine lange Reihe guter Friedensjahre hinter sich haben, jetzt auf einmal, wo die geschäftlichen Verhältnisse, voraussichtlich doch nur vorübergehend, stocden, zu dem scharfen Mittel einer erheblichen Verhinderung der Ansprüche ihrer Angestellten schreiten, anstatt es als eine Ehrensache anzusehen, über die kritische Zeit möglichst ohne Gehalts- oder Lohnkürzung hinwegzukommen. Die Inhaber großer Firmen sollten es mit Kürzung der Bezüge ihrer Angestellten nicht leicht nehmen. Firmen, denen sonst ihr Ruf sehr hoch steht, sollten auch in dieser Zeit ihrer sozialen Pflichten sich bewußt bleiben; wenn der Krieg vorbei sein wird, wird es für diejenigen Firmen, die ihn ohne eine Herabminderung der Bezahlung ihrer Angestellten überdauert haben, eine Ruhmestafel bedeuten, die dann zweifellos auch im geschäftlichen Leben ihre Früchte tragen wird.“

Die Reserven des deutschen Arbeitsmarktes. Für die Beurteilung der Wirkungen des Krieges auf die wirtschaftliche Beschäftigung ist zurzeit vor allem eine Übersicht über die Zahl der Erwerbsfähigen, ihr Geschlecht und ihr Alter eine notwendige Voraussetzung. In der Land- und Forstwirtschaft zählte man 1907 9,88 Millionen Erwerbsfähige, und zwar 5,28 Millionen männliche und 4,60 Millionen weibliche Erwerbsfähige. Von den männlichen Erwerbsfähigen stehen im Alter von 20 bis 50 Jahren — eine andre Scheidung läßt die Statistik nicht zu — 53,5 Proz. oder 2,82 Millionen Männer. Man kann annehmen, daß dies die Summe im Höchstfall ist, die der Landwirtschaft an männlichen Erwerbsfähigen durch den Krieg entzogen wird. Um die entzogenen Kräfte für die laufenden Arbeiten zu ersetzen, hat die Bevölkerung des platten Landes selbst wenig Reserven; in Betracht kommen die Angehörigen in Höhe von 7,6 Millionen, von denen aber 5,7 Millionen unter 14 Jahre alt sind. Immerhin sind auch diese Reserven jetzt nicht gering zu veranschlagen, so daß ein Teil der Arbeit von diesen Reserven wohl verrichtet werden kann. In der Industrie und im Bergbau zählte man 11,26 Millionen Erwerbsfähige, und zwar 9,15 männliche und 2,10 weibliche. Im Alter von 20 bis 50 Jahren stehen 67,8 Proz. oder 6,20 Millionen Männer. Der Rest stellt sich auf 2,95 Millionen Köpfe. Nun ist hier zu berücksichtigen, daß durch die Stocdung des Warenverkehrs mit dem Auslande der Beschäftigungsgrad und die Beschäftigtenziffer ganz beträchtlich heruntergehen muß, so daß die verminderte Zahl für den Bedarf der Warenherstellung weit eher ausreichen dürfte als in der Landwirtschaft. Die Reserven des gewerblichen städtischen Arbeitsmarktes sind aber größer als die auf dem Lande: die Zahl der Angehörigen über 14 Jahre stellt sich auf 5,28, die unter 14 Jahre auf 9,52 Millionen Köpfe. Namentlich ist in den Städten eine große Anzahl weiblicher Personen vorhanden, die zwar erwerbsfähig, aber nicht erwerbstätig sind. Dadurch können die entstehenden Lücken bei einer

geschickten Organisation der Arbeitsvermittlung schnell ausgefüllt werden. Es ist aber auch möglich, aus den städtischen Reserven den Bedarf des platten Landes für die Verarbeiten zu decken. Auch die Berufsgruppe Handel und Verkehr ergibt ein ähnliches Bild wie die Industrie und der Bergbau. Die Zahl der Erwerbstätigen beträgt 3,48 Millionen; davon sind 2,55 Millionen männliche, 0,93 Millionen weibliche Erwerbstätige. Zwischen 20 und 50 Jahren sind 71,2 Proz. oder 1,81 Millionen Männer. Die Zahl der Angehörigen stellt sich auf 4,45 Millionen Köpfe, wovon 1,84 Millionen über, 2,61 unter 14 Jahre alt sind. Von den noch übrigbleibenden Gruppen der Erwerbstätigen fallen dann noch die Diensthofen, meist weiblichen Geschlechts, ins Gewicht. Ihre Zahl stellt sich auf 1,26 Millionen Köpfe, darunter 1,25 Millionen weibliche. Suchen wir noch das Alter der Angehörigen bis zu 17 Jahren zu gliedern, um die Zahl derer einigermaßen ersichtlich zu machen, die in ernstlichen Ausnahmefällen zu Arbeiten im Falle der Not herangezogen werden können, so stellt sich das Bild etwa wie folgt: Im Alter von 12 Jahren, wozu die im Jahre 1902 Geborenen gerechnet werden, stehen rund 753 000 Knaben und 750 000 Mädchen, 13 Jahre alt sind 730 000 Knaben und 721 000 Mädchen. Die Zahl der Vierzehnjährigen stellt sich auf 722 000 Knaben und 717 000 Mädchen. Die nächsten Jahrgänge ergeben folgende Zahlen:

	männliches Geschlecht	weibliches Geschlecht
15 Jahre . . .	686 000	682 000
16 " . . .	699 000	695 000
17 " . . .	681 000	675 000

Das sind zusammen 4,10 Millionen Köpfe, von denen ein ganz stattlicher Prozentsatz als Reserve, vor allem für das platte Land, in Betracht kommen kann. Wenn die Bewegung der Arbeitskräfte von den Stellen, wo das Angebot vorhanden ist, an die Stellen des Bedarfs rasch und zweckentsprechend erfolgt, und zwar durch eine gut ausgebaute Vermittlungsorganisation, die einen weitgehenden und dabei doch auch wieder umfassenden Überblick über den deutschen Arbeitsmarkt hat, so können wir einsetzenden Verlegenheiten vorbeugen und sie bis zu einem hohen Grade sogar verhindern.

Der Arbeitsmarkt im Juli 1914. Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes zeigte im Juli d. J. nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zum Teil eine Verbesserung, im allgemeinen aber eine Abflauung, die durch den drohenden Kriegsausbruch gegen Ende des Monats noch wesentlich verstärkt wurde. Der Kohlenvertrieb war teilweise schlechter als im vorigen Jahre, während Braunkohlen und Briketts besser wegkamen. Die Rohstoffenergie war normal, die Eisenergie mittelmäßig und der Maschinenbau unbesriedigend beschäftigt. In besserer Lage befanden sich der Schiffbau, die elektrische und chemische Industrie sowie die Brauindustrie. Das Mühlen- und das Baugewerbe zeigten gleichfalls eine kleine Besserung. Über die Geschäftslage im Buchdruckgewerbe wird folgendes berichtet: „Die Geschäftslage in den Berliner Buchdruckereien hat noch weiteren Rückgang im Juli aufzuweisen. Der Monat Juli ist eben die stillste Geschäftszeit des ganzen Jahres. Mit dem Juli 1913 verglichen, steht er etwas günstiger, da die Anzahl der Arbeitslosen um 209 geringer ist. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich dem Vormonate gegenüber vergrößert. Im Durchschnitt der Woche 900 (622 Seher und 278 Maschinenmeister), gegen 714 im Vormonat. Durch den gemeinsamen Arbeitsnachweis wurden durchschnittlich in der Woche 68 Seher und 42 Maschinenmeister in Stellung gebracht. 36 Seher und 10 Maschinenmeister fanden im freien Verkehr Arbeit. Auch die übrigen Druckereibetriebe in Deutschland berichten von Schwächen, in der Jahreszeit begründetem Geschäftsgange. Nur zwei Berichte geben an, daß gut zu tun war.“ Der Umfang der Arbeitslosigkeit im Gesamtbereich unseres Verbandes betrug 5,4 Proz., ging also um 0,1 Proz. gegen den Stand vom Juni d. J. zurück und blieb um 0,7 Proz. hinter der Arbeitslosigkeit im Juli 1913, zu welcher Zeit sie sich auf 6,1 Proz. bezifferte. — Bezüglich der Arbeitslosigkeit im allgemeinen ist leider zu berichten, daß die Angaben darüber sehr mangelhaft geworden sind. Von den bisher an die Berichterstattung über Arbeitslosigkeit für das „Reichsarbeitsblatt“ angeschlossenen 52 Fachverbänden haben infolge der kriegerischen Verwicklungen nur 26, also gerade nur die Hälfte, Berichte eingeleitet. Verlag haben die Gärtner, Töpfer, Porzellanarbeiter, Metallarbeiter (Christliche), Maschinenbau- und Metallarbeiter (Christ-Dundier), Textilarbeiter (Christliche), Tapezierer, Lederarbeiter (Christliche),

Holzarbeiter (alle Richtungen), Bildhauer (freie Gewerkschaft sowie Christ-Dundier), Bäcker (Christ-Dundier), Fleischer, Tabak- und Zigarrenarbeiter (Christliche), Schneider (Christ-Dundier), Bauhandwerker (Christ-Dundier), Glaser, Graphischer Zentralverband (Christliche), Notenstecher, Buch- und Steinrudereibeschäftigte, Eisenbergbau, Transportarbeiter sowie der Verband der Maschinisten und Heizer. Die berichtenden übrigen 26 Fachverbände umfassen nur die Hälfte der sonstigen Arbeiterzahl, über die das „Reichsarbeitsblatt“ unterrichtet wurde, und zwar 1 112 740; arbeitslos waren davon im Juli d. J. 2,7 Proz. Im Juni d. J. war die entsprechende Prozentsiffer 2,5 Proz. und im Juli 1913 waren es 2,9 Proz. — Bei den Arbeitsnachweisen kamen im Juli d. J. auf 100 offene Stellen 158 männliche Arbeitsuchende, gegen 169 im Juni d. J. und 174 im Juli 1913; bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Siffern 99, 101 und 103. — Die Frankenkassen haben in der Berichterstattung gleichfalls in erheblichem Umfange verlagert. Die berichtenden Kassen hatten vom 1. Juli bis Ende August eine Mitgliederabnahme von insgesamt 75 550 oder 1,8 Proz., und zwar für die beiden Geschlechter in ziemlich gleichem Verhältnis.

Gestorben.

In Tübingen am 10. August der Seher Wilhelm Röcker, 27 Jahre alt.
In Wesel am 8. August der Seher Joseph Schmidt aus Koblenz, 21 Jahre alt — Lungentuberkulose.
In Wien am 3. August der Buchdruckerinwalde Anton Weiß, 89 Jahre alt; am 13. August der Seher Adolf Joachim, 58 Jahre alt.

Briefkasten.

Nach L.: Der „Korr.“ betrachtet es als seine Aufgabe, während der Kriegszeit erst recht anregend zu sein. Das erkennen Sie auch an. Wir meinen aber, durch den Artikel über die Gausvorsteherkonferenz ist Ihrem Wunsch entsprochen. — G. D. in N.-S.: Für Mitteilungen dankbar, wenn auch nicht bis zum letzten damit einverstanden. Sie ersehen aus dem vorgenannten Artikel, daß „eine Lippe riskiert“ wird. Einzelheiten aufzuführen, hat jetzt keinen Zweck. Kommen ja auch andre Orte in Betracht. Wollen nun einmal abwarten. — D. P. in C.: Erstens käme Ihre Anregung schon zu spät, zweitens aber kann den Ortsvereinen dieses in vielen Fällen jedenfalls sehr weitgehende Opfer nicht zugemutet werden, und drittens hat Kollege Gießenberg bereits in der Nummer vom 18. August ausgeführt, was da zu tun ist. — P. S. in Koblenz: 2 Mh. — M. Sch. in Eilenburg: 2 Mh.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Friedberg-Bad-Naumbach-Buhbach. Die Angelegenheiten des Ortsvereins verwalte bis auf weiteres der seitherige Kassierer Johann Müller, Bad-Naumbach, Gartenfeldstraße 4.
Grimma. Die Kassengeschäfte verleiht bis auf weiteres Karl Kahnsdorf, Frauenstraße 35 II.
Recklinghausen i. Westf. Vorländer: Oskar Reifurth, Mühlstraße 8; Kassierer: Paul Herrmann, Selterer Straße 6.
Strasbourg i. Elz. (Gau Elz-Lothringen und Bezirksverein Strasbourg i. E.) Die Adresse lautet bis auf weiteres: Vorländer: Karl Schlatter, Strasbourg, Schirmmederung 22; Kassierer: Karl Walter, Strasbourg-Neudorf, Polygonsstraße 21 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Marburg. Die in voriger Nummer veröffentlichte Notiz, den Seher Otto Liedtke betreffend, hat sich erledigt.
Trier. Reichskassenverwalter: Joseph Arenz, Simonsstiftstraße 13 II. Auszahlung mittags 1—1½ Uhr.

Veranstaltungskalender.

Grimma. Versammlung heute Sonnabend, den 29. August, abends 8 Uhr, im „Sägerhof“.
Stuttgart. Vertrauensmännerversammlung heute Sonnabend, den 29. August, abends 6 Uhr, im Sängersaal des „Gewerkschaftshauses“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Dritter Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis.
Hersberg a. S.: Preiß, G. F.
Oldenburg i. Gr.: Bürmann, August.
II. Kreis.
Dortmund: Schmidt & Andernach.
Quisburg: Ewich, Johann, Inhaber Kurt Döhmer.
Essen (Ruhr): Gedz, Heinrich.
Reheim: Neu, Georg.

IV. Kreis.
Schwäb.-Gmünd: Haar, Heinrich.
Stuttgart: Fink, Heinrich.

V. Kreis.
Fürth: König, Julius Max.
Gunzenhausen: Schnus, Otto.
München: Rau, C. W.

VI. Kreis.
Gehren i. Thür.: Thomab, Karl.
Rudolfsrad: Lorich & Nachbar.
Saalfeld: Hampel, Richard.
Lambach: Schalte, Richard.

XII. Kreis.
Dresden: Schape, Adolf.
Leipzig: Leipziger Programm-Institut Hofmann & Kampenkel. — Leichmann & Co. — Vogel, Paul.

VIII. Kreis.
Berlin: Buch- und Kunstdruckerei Hanewacker & Co.
G. m. b. H. — Thiele, Ernst.
Neukölln: Kobosil, G., & Co.

IX. Kreis.
Hirschberg i. Schl.: Männlich & Höckendorf.
Laurahütte: Pramor, Ferdinand.
Dppeln: Biele, Richard.

X. Kreis.
Hamburg: Holl, Joseph. — Rasche, Hermann, Nachf. G. m. b. H.

XI. Kreis.
Schivelbein: Waldow, Franz.
Spandau: Spandauer Vereinsbuchdruckerei Schob & Menck.

XII. Kreis.
Kulm a. M.: Brandts, C., Buchdruckerei, Inhaber Paul Schimasek.
Lauenburg (Westpr.): Krynhauf, Paul.
Lissa: Groner, Max, & Co.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien gestrichen wurden die Firmen:

Kreis II: Niederrheinische Kunstdruckerei S. Jaeger
G. m. b. H. in Lobberich.
„ **IV: Babnawäsches- und Verbandstoffabriken**
Ravensburg in Ravensburg.
„ **IVa: Alphonse Schreyer in Sulz (O.-C.).**
„ **VI: Rudolf Vobn in Nischersleben.**

Bekanntmachungen.

Beschwerdeämter betreffend.
Hannover. Stellvertretende Mitglieder: Friedrich Bedier, i. Fa. C. Bediers Buchdruckerei, in Alzen; Dr. jur. Karl Gerke, i. Fa. Gebr. Gämecke in Hannover; Dr. A. Gerkenberg, i. Fa. Gebr. Verkenberg, in Hildesheim; W. Ströher, i. Fa. W. Ströher, in Celle; Detmer Jopps, i. Fa. D. S. Jopps & Sohn, G. m. b. H., in Leer.

Schiedsgerichte betreffend.
Freiburg i. Br. Gehilfenvorständer: Nikolaus Müller, Zallustr. 101 III.
Berlin, den 18. August 1914.

Franz Francke, R. S. Giesecke, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorständer.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

H. MATHAEUS
DESSAU
Fassergasse 6
Katalog gratis u. r.

Seitenmaß mit sämtlichen Einleitungen 20 Bl.
E. Frig, Frankfurt am Main 3.
Mhlen und Pinzetten. Werkzeuge für Ton-
blusen empfiehlt Fr. Stegl, München 2, Holzstraße 7.
Katalog gratis.

Am 25. August verstarb unser lieber
Kollege, der Korrektor [239]
Otto Ebert
im 36. Lebensjahre. Ein ehrendes An-
denken werden ihm bewahren
Die Kollegen der Firma
Giesecke & Devrient in Leipzig.

Am 25. August verstarb unser lieber
Kollege, der Korrektor [243]
Otto Ebert
Wir werden ihm ein dauerndes An-
denken bewahren.
Leipziger Korrektorenverein.

Am 23. August verstarb nach einem
langen Krankenlager unser lieber Kollege,
der Drucker
Richard Enke
aus M o l m e c h bei Steffelsd., im 24. Lebens-
jahre. Ehrend wird seiner stets gedenken
233] Der Ortsverein Magdeburg.

Am 22. August verschied in Dessau, wo-
hin er als Landwehrmann eingezogen war,
der Schriftsetzer [241]
Franz Wendler
im Alter von 33 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Eilenburg.

Am 20. August verstarb nach langem,
schwerem Leiden unser lieber Kollege, der
Seher [242]
Simon Pfeffer
aus M e s s e l, im Alter von 21 Jahren.
Ein ehrendes Gedächtnis wird ihm stets be-
wahren
Der Bezirksverein Darmstadt.

Am 23. August verstarb nach kurzem
Krankenlager unser lieber Kollege, der Seher
Rudolf Vindau
aus Koblenz, im Alter von 39 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Bezirk Koblenz.